

3187/J XXI.GP

Eingelangt am: 10.12.2001

ANFRAGE

der Abgeordneten Lunacek, Freundinnen und Freunde

an die Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten

betreffend Investitionspläne der OMV im Sudan und Prinzipien der österreichischen Entwicklungspolitik

Die kanadische Ölfirma Talisman zieht sich nach einem ungeheuren Imageverlust durch mehrere Klagen aus den USA aus ihren Geschäften im Sudan zurück. Die OMV, die sich noch immer zu 35% im Besitz der ÖIAG befindet, hat hingegen mehrmals betont, im Sudan bleiben zu wollen. Die schwedische Firma Lundin hat keinerlei Interesse an einer Übernahme der Talisman-Anteile signalisiert. Wie einem Artikel von Michael Wang im "Dow Jones" vom 5. Dezember 2001 zu entnehmen ist, wird derzeit in der OMV die Möglichkeit der Übernahme der Talisman-Anteile geprüft: "In recent weeks, news reports have said, OMV and Indian state-oil firms Oil and Natural Gas Corp. (P.ONG) and Indian Oil Co. (P. OIL) were sizing up bids for Talisman's Sudan holding." Der derzeit kolportierte Betrag beläuft sich auf CAD 630.000.000,-.

Der Sudan befindet sich nach langen Jahren noch immer in einem blutigen Bürgerkrieg, dessen Ende nicht absehbar ist. Der UNO-Sonderberichterstatter für den Sudan, Gerhart Baum, sagte in einem Interview mit dem ai-Journal (Zeitschrift von amnesty international Deutschland) vom 1. September 2001 dazu: "Der Krieg ist ein Machtkampf- im Norden wie im Süden. Es geht um Einfluss und um den Zugang zu Ressourcen. (...) Bildhaft gesprochen: Das Öl ist Öl im Feuer des Krieges. Ich habe mit den Ölkonzernen gesprochen. Ich gestehe den Firmen zu, dass sie die negativen Auswirkungen nicht wollen und ihnen entgegenzuwirken versuchen. Aber sie können machen, was sie wollen: Sie sind Teil des Krieges." Der Spruch "oil fuels war" passt demnach in kaum einem anderen Land so perfekt wie im Sudan.

Das österreichische Außenministerium betont richtigerweise immer wieder die Bedeutung der Prävention von Konflikten und dass Österreich einen wichtigen Beitrag zur Beilegung von bewaffneten Auseinandersetzungen - etwa in Afrika - leistet.

Derzeit liegt dem österreichischen Nationalrat die Regierungsvorlage für ein neues Bundesgesetz über die Entwicklungszusammenarbeit vor, in der Entwicklungspolitik wie folgt definiert wird:

§1 Abs. 2: "Entwicklungspolitik hat alle Maßnahmen des Bundes zu umfassen, die geeignet sind, die nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Entwicklungsländer zu fördern oder eine Beeinträchtigung dieser Entwicklung hintanzuhalten; ..."

§1 Abs. 3 betont: "Die österreichische Entwicklungspolitik hat vor allem folgende Ziele zu verfolgen:

1. die Bekämpfung der Armut in den Entwicklungsländern durch Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, welche zu einem Prozess des nachhaltigen Wirtschaftens und des wirtschaftlichen Wachstums, verbunden mit strukturellem, institutionellem und sozialem Wandel führen soll, ..."

§1 Abs. 5 hält fest: "Der Bund berücksichtigt die Ziele und Prinzipien der Entwicklungspolitik bei den von ihm verfolgten Politikbereichen, welche die Entwicklungsländer berühren können."

§8 betont: "... Der Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten hat die Koordination der internationalen Entwicklungspolitik sowohl in Österreich wie auch in Hinblick auf Art. 180 EGV sicherzustellen."

Und in §13 heißt es: "... Mit der Vollziehung des §1 und §8 ist der jeweils zuständige Bundesminister betraut."

Aus den Zielsetzungen in dieser Regierungsvorlage ergibt sich eine besondere entwicklungspolitische Verantwortung für alle vom Bund in diesem Zusammenhang gesetzten Aktivitäten. Dies gilt auch für Unternehmen, an denen der Bund Anteile besitzt.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

- 1) Wie beurteilen Sie nach diesen entwicklungspolitischen Zielen die o.g. Pläne der OMV, wo es sich um Investitionen in einem Staat handelt, in dem nicht nur ein jahrzehntelanger Bürgerkrieg stattfindet, sondern der von den USA als "Schurkenstaat" bzw. in letzter Zeit auch als "low intensity terrorist state" (Zitat US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld) bezeichnet wird?
- 2) Wie stehen Sie dazu, dass man in einem teilweise in staatlichem Eigentum befindlichen Betrieb Anteile von Talisman zu einem Preis (CAD 630.000.000,-) zu übernehmen überlegt, der weit über der Höhe der Ausgaben der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit liegt?
- 3) Sehen Sie einen Imageverlust auf das zu 35% in ÖIAG-Besitz befindliche Unternehmen OMV und in der Folge auf Österreich zukommen, wenn die OMV in einen Bereich einsteigen sollte, aus dem sich das kanadische Unternehmen Talisman wegen großer Imageverluste zurückzieht?
- 4) Wie beurteilen Sie es aus entwicklungspolitischer Sicht, dass ein zu mehr als einem Drittel in österreichischem Staatseigentum stehendes Unternehmen erwägt, seine Ölexplorations im Bürgerkriegsland Sudan in hohem Maße auszuweiten?
- 5) Sind Sie der Meinung, dass ein renommiertes Unternehmen wie die OMV neben seiner ökonomischen, ökologischen und sozialen auch eine entwicklungspolitische Verantwortung hat?